



NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND

Jetzt geht's los: Nach einem tagelangen Gezerre um die Kanzlerkandidatur der Union konnte sich Armin Laschet auf den letzten Metern und mit letzter Kraft ins Ziel retten. Angeschlagen und ohne Vertrauen der eigenen Basis und seiner Schwesterpartei geht er gegen eine geschlossene SPD mit Olaf Scholz an der Spitze ins Rennen – und gegen meine Bundestagskollegin Annalena Baerbock, die von den Grünen geräuschlos gegen den – allerdings bundespolitisch unerfahrenen – Sympathieträger Robert Habeck nominiert wurde.

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen wird das dominierende Thema für die Bundestagswahl werden. Wir haben diese Woche nach einem harten Ringen in der Fraktion und sorgfältiger Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten das vierte Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen, das aber nicht nur eine Notbremsenregelung, sondern auch wichtige Verbesserungen für die von der Pandemie betroffenen Bürgerinnen und Bürger enthält.

Viel Spaß beim Lesen

Corona-Pandemie: Es geht nur gemeinsam

SPD-Fraktion entwickelt Bausteine zur Pandemiebekämpfung

Wir haben diese Woche das vierte Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen, um das Infektionsgeschehen mit einer bundesweit einheitlichen Regelung bis zum 30. Juni weitgehend einzudämmen. Wir brauchen daneben aber auch weitere Maßnahmen und Perspektiven, die die Fraktion in einem Positionspapier aufzeigen möchte.

Perspektiven klar beschreiben

Wir wollen **Öffnungsstrategien** nachvollziehbar und planbar aufzeigen. Dafür ist Klarheit über die in den kommenden Monaten zu erwartenden Impfquoten und Testkapazitäten sowie eine effektive Nachverfolgung von Corona-Kontakten entscheidend. Die vollständige Anbindung der Gesundheitsämter an das digitale Meldesystem muss dringend vorangetrieben werden.

Nach derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen ist wahrscheinlich, dass von Geimpften keine erhöhte Ansteckungsgefahr mehr ausgeht. Daher müssen Geimpfte bei den Öffnungsstrategien gleich behandelt werden wie Personen mit negativem Testergebnis. Wir wollen daher auch Besuche in Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe mit bereits geimpften Bewohner*innen erleichtern.

Verbindlicher Arbeitsschutz

Wir schreiben **Homeoffice** verbindlicher vor als bisher. Zugleich müssen wir all diejenigen schützen, die nicht von zu Hause aus arbeiten können. Und das geht nur, wenn Arbeitgeber*innen mindestens zweimal pro Woche Corona-Tests anbieten. Da zu viele Unternehmen dem nicht von allein nachgekommen sind, war die Änderung der Arbeitsschutzverordnung nötig. Schließlich ist der Schutz der Arbeitnehmer*innen wichtiger als Profitinteressen.

Die Pandemie belastet Familien zusätzlich. Etwa wenn Kita oder Schule schließen oder andere Betreuungsangebote ausfallen. Daher erhöhen wir die **Kinderkrankentage** erneut: pro Elternteil und Kind auf 30, bei Alleinerziehenden auf 60 Tage pro Kind. Wir haben ein **Corona-Aufhol-Paket für Kinder und Jugendliche** in Höhe von zwei Milliarden Euro durchgesetzt. Zum Maßnahmenpaket gehören neben Förder- und Nachhilfeangeboten, mit denen Lernrückstände aufgeholt werden, auch Freizeitangebote. Außerdem verlängern wir die **Akuthilfen für pflegende Angehörige** über den Juni hinaus.

Hilfs- und Unterstützungsprogramme aufstocken und verlängern

Trotz der umfangreichen staatlichen Hilfen droht für zahlreiche Unternehmen und Soloselbständige eine existenzielle Notlage. Für uns als SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass die **Hilfsprogramme** insbesondere für Beschäftigte, Betriebe (u. a. Gastronomie, Tourismus, Schausteller) und Kultureinrichtungen aufgestockt und bis zum Jahresende verlängert werden müssen.

Nicht zuletzt ist uns wichtig, die **Pandemie global zu bekämpfen**. Kein Land kann in dieser Situation dauerhaft mit nationalen Maßnahmen allein erfolgreich sein. Nur in internationaler Solidarität werden wir das Virus und Mutationen eindämmen. Wir sehen Covid-Impfstoffe daher als globale öffentliche Güter.

[Hier geht es zum vollständigen Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion](#)

Aus für Steuertricks von Immobilienkonzernen!

Share Deals werden durch höhere Hürden unattraktiver

Wer eine Wohnung kauft, zahlt Grunderwerbsteuer, 3,5% in Bayern, 6,5% in Nordrhein-Westfalen. Wer 94,9% eines Wohnungskonzerns mit 1000 Wohnungen kauft, zahlt nichts. So funktionieren Share Deals. Dies ist nicht nur ungerecht und unverständlich, durch dieses Steuerschlupfloch gehen den Ländern jedes Jahr auch Einnahmen in Milliardenhöhe verloren.

Auch 2013 beim Verkauf der 30.000 Landesbankwohnungen durch den Freistaat Bayern unter dem damaligen Finanzminister Markus Söder an ein undurchsichtiges Konsortium von Finanzinvestoren kam diese Regelung zum Einsatz. Der Freistaat hat sich also selber um Einnahmen in Millionenhöhe gebracht.

Nach beinahe 1 ½-jähriger Blockade durch die Union konnte diese Woche endlich eine Spekulationsbremse erreicht werden: die Grunderwerbsteuer fällt nun an, wenn mehr als 90 % der Anteile innerhalb von 10 Jahren statt bisher 5 Jahren den Eigentümer wechseln. Eine weitergehende Einschränkung stieß auch auf verfassungsrechtliche Bedenken.

Dennoch: als SPD hätten wir uns hier allerdings deutlich mehr gewünscht. Unser Ziel bleibt die Abschaffung dieses nach wie vor ganz legalen Steuertricks zu Lasten der Mieter*innen. **Mehr dazu**

Berliner Mietendeckel gekippt: Mietrecht ist Bundesrecht, unser Auftrag für mehr Mieterschutz und bezahlbares Wohnen

Früher als erwartet und deutlicher als erhofft hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. April 2021 klargestellt: Mietrecht ist Bundesrecht. Das von Bundestagsabgeordneten der Union und der FDP beklagte Mietendeckel-Gesetz des rot-rot-grünen Senats vom 23.2.2020 ist somit außer Kraft.

Wir sehen dies als Auftrag, den Mieterschutz bundesgesetzlich weiter zu stärken und die Spekulation mit Mietwohnungen zu unterbinden. Denn Wohnen ist für uns ein Grundrecht und keine beliebige Ware. Das Mietendeckel-Gesetz des Berliner Senats ist für uns aber keine Blaupause.

Mit diesem Gesetz wurden die Mieten aller 1,5 Millionen Berliner Mietwohnungen auf den damaligen Stand für 5 Jahre eingefroren und ein Mietendeckel für alle Neuvermietungen mit eigenen, unabhängig von den bundesgesetzlich geltenden Mietspiegelvorschriften entwickelten Tabellenmieten festgesetzt einschließlich einer Absenkung von vertraglich gesicherten Bestandsmieten.

Wir hatten uns bereits bei unserer Initiative zu einem Volksbegehren für einen Mietenstopp in Bayern darauf konzentriert, ein bayernweites Mietmoratorium für die nächsten Jahre zu fordern und eine Erhöhung der Mieten nur noch in Höhe des Inflationsausgleiches zuzulassen, ganz nach dem Vorbild der Landeshauptstadt München: Dieter Reiter und die SPD-Stadtratsfraktion hatten bereits im Juli 2019 für die eigenen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag ein sechsjähriges Mietmoratorium ausgesprochen. Wir haben aber anders als der rot-rot-grüne Senat in Berlin bewusst keinen eigenen Tabellenmietspiegel mit festen Mietobergrenzen und einer Absenkung von Bestandsmieten gefordert.

Denn: München ist eben nicht Berlin.

Wohnungsspekulation und Mietpreisexplosion finden in Berlin nicht nur, aber besonders dramatisch in den großen Wohnungsbeständen statt, von denen sich das Land unter dem Druck der desaströsen Haushaltssituation getrennt hat: 5 landeseigene Wohnungsgesellschaften mit 230.000 Wohnungen wurden in den letzten 20 Jahren an große private Immobilienkonzerne verkauft. Und genau diese sollen jetzt durch ein von der Linken unterstütztes Volksbegehren wieder enteignet werden – allerdings mit Entschädigungszahlungen von bis zu 38 Milliarden Euro. Das Mietdeckel-Gesetz des Senats sollte diesem Volksbegehren die Spitze nehmen.

München hat hingegen keine einzige städtische Wohnung verkauft, sondern im Gegenteil unter Oberbürgermeister Christian Ude mit der Heimag eine weitere Wohnungsbaugesellschaft mit mehr als 4.000 Wohnungen hinzugekauft und so dem Zugriff von Privaten entrissen. Und im Gegensatz zu Berlin, wo der Neubau an allen Ecken und Enden stockt, erhöhen wir den städtischen Wohnungsbestand durch Neubau und die konsequente Ausübung von Vorkaufsrechten. Ärger mit Mietpreis- und Umwandlungsspekulation gibt es in München exakt an der gleichen Stelle wie in Berlin: bei den knapp 9000 Wohnungen, die der Freistaat ohne Not und entgegen eines Angebots eines kommunalen Konsortiums an undurchsichtige Privatinvestoren verscherbelt hat.

Die SPD ist die Mietschutzpartei. Wir haben in unserem Bundeswahlprogramm im Kapitel 3.6 „Bezahlbar Wohnen“ auf den Seiten 46 und 47 daher als Forderungen unter anderem festgezurret:

- einen Mietenstopp einzuführen,
- Mietwucher wirksam zu unterbinden,
- die Mietpreisbremse zu entfristen und Schlupflöcher zu schließen,
- den Betrachtungszeitraum von Mietspiegeln auf acht Jahre zu verlängern,
- die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen einzuschränken.

[Hier geht es zum vollständigen Entwurf des Zukunftsprogramms](#)

Hubertus Heil handelt – Gesetz gegen befristete Arbeitsverträge

Was früher eine Ausnahme war, ist für Arbeitssuchende und Berufseinsteiger Normalität: Ein grundlos befristeter Arbeitsvertrag. 4 von 10 Neueinstellungen sind befristet. Besonders stark betroffene Branchen sind der Kraftfahrzeugbau (62,5 Prozent), der Kunst- und Unterhaltungsbereich (63,9 Prozent) sowie Erziehung und Unterricht (66,1 Prozent). Arbeitsminister Hubertus Heil hat jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, der noch von der jetzigen Koalition beschlossen werden und im Januar 2022 in Kraft treten soll. „Sachgrundlose Befristungen“ sollen wieder eine Ausnahme werden. Statt zwei Jahren dürfen die Firmen dann Arbeitsverträge nur noch auf 18 Monate befristen und diese auch nur in begründeten Ausnahmefällen nochmals verlängern. Ich danke Hubertus Heil hier ausdrücklich für die erneuten Aufschlag und sein Durchhaltevermögen. Denn obwohl wir diesen Punkt bereits ausführlich im Koalitionsvertrag ausverhandelt und festgeschrieben hatten, blockiert die Union seit Jahren eine Umsetzung der Vereinbarung – wie übrigens auch bei Leiharbeit und Werkverträgen, beim Erneuerbare-Energien-Gesetz, im Mietrecht oder auch beim Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.

[Weitere Informationen zum Gesetzesentwurf von Hubertus Heil](#)

Wir stärken Betriebsräte

Schnäppchen und Online-Deals sind derzeit beliebt, dürfen aber nicht zu Lasten von Arbeitsbedingungen in den nur noch digital agierenden Unternehmen gehen. Gerade der Weltkonzern Amazon profitiert von unserem Modell der sozialen Marktwirtschaft und gehört zu den Unternehmen, die die Betriebsratsarbeit erschweren. Nicht nur bei Amazon, auch bei anderen Firmen sind Betriebsräte unerwünscht: Arbeitgeber in Deutschland behindern insgesamt jede sechste Neugründung eines Betriebsrats. Kandidat*innen werden systematisch eingeschüchtert, Wahlen geschickt sabotiert.

Arbeitsminister Hubertus Heil hat daher ein Gesetz zur Förderung der Betriebsratswahlen und der Betriebsratsarbeit eingebracht. Das Gesetz bietet Kündigungsschutz vor allem für die, die Betriebsräte neu gründen wollen. Außerdem erleichtert es Neugründungen. Unterstützerunterschriften sind in kleinen Betrieben nicht mehr nötig. Auch Jugend- und Auszubildendenvertretungen können künftig einfacher entstehen und es fällt die Altersgrenze für den Status Auszubildende, die bisher bei 25 Jahren lag. Das neue Gesetz sichert außerdem die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Weiterbildung, Umsetzung der digitalen Arbeitswelt und Fragen mobiler Arbeit.

[Mehr dazu](#)

Erfreuliche Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes

Das Thema klingt sperrig: Eine Novelle des Bundesfernstraßen- und Eisenbahnkreuzungsgesetzes, wenn es um Sanierung, Umbau oder Rückbau geht, wo kommunale Straßen auf Bundesstraßen oder auf Schienenwege treffen. Dennoch ist es ein wichtiger Baustein, dass wir hier Kommunen finanziell besserstellen – pro Baumaßnahme eine Entlastung im Schnitt um 200 000 Euro. Gerade bei Fahrradwegen sind kommunale Maßnahmen an diesen Kreuzungen unterblieben, wenn Kommunen nicht in der Lage waren, ihren Anteil zu leisten. Außerdem geht es uns darum, Planungen zu beschleunigen und die Verwaltung von Bürokratie zu entlasten in einem Bermudadreieck der Zuständigkeiten – von Bund, Ländern und Kommunen, von bundeseigenen Eisenbahnen, nichtbundeseigenen Eisenbahnen und den verschiedenen Baulastträgern. Mit der neuen Regelung wird ein Impuls gesetzt, gerade an Bahnübergängen für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen, den Verkehrsfluss zu verbessern, den Bahnausbau zu beschleunigen und mehr Radwege zu ermöglichen.

[Mehr dazu](#)

Bund will sichere und lückenlose Radinfrastruktur fördern

Das Bundeskabinett hat letzte Woche den Nationalen Radverkehrsplan beschlossen. Er soll ein Gesamtkonzept sein und enthält eine Vielzahl an Vorschlägen für konkrete Fördermaßnahmen und einen neuen Rechtsrahmen für mehr Verkehrssicherheit. So soll die Förderung des Radverkehrs insgesamt im Schnitt auf rund 30 Euro je Person und Jahr steigen. Beim Neu- und Ausbau von Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen sollen grundsätzlich begleitende Radwege errichtet werden. Außerdem will der Bund zum Beispiel ein Programm zu Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen auflegen und Wohnungsbaugesellschaften und Wohneigentümergeinschaften finanziell unterstützen, in und an Bestandsgebäuden Fahrradparksysteme zu bauen.

In vielen Punkten ist die Stadt München bereits Vorreiterin und setzt es in die Praxis um, wie den Ausbau der Radwegenetze, die Planung von Radschnellwegen, die sichere Gestaltung von Kreuzungen und Einmündungen, stadtweite Fahrradabstellanlagen oder die Förderung für Elektrolastenräder. Ich begrüße es, dass nun auch das Bundesverkehrsministerium die Bedeutung des Radverkehrs für die Mobilitätswende erkannt hat, und hoffe, dass die hochgesteckten Ziele auch in die Praxis umgesetzt werden.

Herzliche Einladung zur Teilnahme:

Kommunalpolitische Konferenz der SPD-Fraktion

DIENSTAG, 11.05.2021 von 10:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Innenstädte und Quartierzentren laufen Gefahr, mehr und mehr an Anziehungskraft zu verlieren. Corona hat diese Herausforderungen besonders zugespitzt.

Wir laden zur Kommunalpolitischen Konferenz, um mit Euch zu diskutieren, wie sich die Innenstädte verändern müssen, damit sie auch in Zukunft attraktive Orte zum Wohnen, Arbeiten und Wohlfühlen bleiben. Diese Frage möchten wir mit Bundesminister der Finanzen, Olaf Scholz, sowie Vertreter*innen aus Wirtschaft und Kultur besprechen.

Ein Kernelement für eine attraktive Innenstadt ist der Einzelhandel. Digitalisierung und der Online-Handel verändern den stationären Handel und das Freizeitverhalten nachhaltig, bieten aber auch Chancen.

Nur wenn sich Familien Wohnraum in den Innenstädten leisten können, bleiben sie dort und sorgen vor Ort für Lebendigkeit, weshalb wir die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ganz oben auf die politische Agenda gesetzt haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte nicht nur Antworten auf die krisenbedingte Situation in den Innenstädten geben, sondern langfristig angelegte Strategien entwickeln, um unsere Innenstädte und Ortskerne mit neuem Leben zu füllen und damit ihre Wirtschaftskraft, Vielfalt und Attraktivität zu erhalten und möglichst auszubauen.

Ich freue mich auf eine produktive Konferenz und lade herzlich dazu ein.

[Weitere Informationen zu Ablauf und Anmeldung finden sich hier](#)

Claudia Tausend MdB

stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie

stv. Sprecherin im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
[facebook.com/tausendmalbesser](https://www.facebook.com/tausendmalbesser)
www.claudia-tausend.de